

10. JUNI 1960



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XV/131 - 10. Juni 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Testfall</u> Vor dem Besuch Chruschtschows in Wien	39
2 - 2a	<u>Schwedische Sozialdemokraten vertagen</u> <u>Entscheidung über Atombewaffnung</u> Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Eübner	40
2a	<u>Lehlinvestition</u> Südafrika sucht deutsches Kapital	31
3	<u>Wettbewerb im Antikommunismus?</u> Warnende Stimme eines USA-Senators	38
4	<u>Mehr Pausen - mehr Leistung</u> Beobachtungen von Arbeitsphysiologen	48
5 - 7	<u>Der Bevölkerungsstand in der Bundesrepublik im Jahre 1959</u> Eine aufschlußreiche Übersicht Von Helene Wessel, MdB	116

\* \* \*  
\* \* \*

Testfall

Vor dem Besuch Chruschtschows in Wien

sp - Wien ist das erste Auslandsreiseziel von Nikita Chruschtschow nach der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz. Am 30. Juni wird der sowjetische Ministerpräsident in der Donaumetropole erwartet. In den Hauptstädten des Westens - und natürlich auch in Wien - betrachtet man diesen Staatsbesuch als Testfall für die weitere internationale Entwicklung. Die österreichische Regierung scheint, trotz der erhärteten Ost-West-Spannungen nach dem Fiasko von Paris, entschlossen zu sein, alles zu tun, was der Entspannung dienen kann. Man will an der schönen, blauen Donau offensichtlich versuchen, eine Atmosphäre zu schaffen, in der es Chruschtschow schwerfallen dürfte, ebenso umsichzuschlagen, wie in Paris oder während seiner letzten Pressekonferenz in Moskau.

Das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs, die "Arbeiter-Zeitung", dessen klare antikommunistische Haltung bekannt ist, schreibt zum Chruschtschow-Besuch:

"Die Sowjetunion ist für Österreich eine befreundete Großmacht, der größte Staat des europäischen Kontinents, ein Land, zu dem, wie Außenminister Dr. Kreisky kürzlich betonte, unsere Beziehungen seit dem Staatsvertrag immer besser geworden sind. Der Besuch wird zu keinerlei politischen Abmachungen zwischen Österreich und Rußland Anlaß geben. Wenn aber der sowjetische Ministerpräsident durch diesen Besuch in Österreich seinen fortgesetzten Willen zu einer internationalen Entspannungspolitik demonstrieren will, so kann das uns Österreichern nur willkommen sein".

Auch andere, nichtsozialistische Zeitungen Österreichs haben Chruschtschows Besuch in diesem Sinne vorbereitet. Man geht also wohl kaum in der Annahme fehl, daß die österreichische Regierung größten Wert darauf legt, ihren Gast schon jetzt in die bestmögliche Stimmung zu bringen.

Schon oft hat Österreich in den Nachkriegsjahren das Beispiel für eine auf lange Sicht angelegte Entspannungspolitik gezeigt, ohne sich hierbei in seiner Würde und Unabhängigkeit auch nur das geringste zu vergeben. Der Abschluß des Staatsvertrages war das Ergebnis des Zusammenwirkens aller demokratischen Kräfte und der Beginn einer Entwicklung, von der Dr. Kreisky jetzt sagen kann, daß sie immer besser geworden ist. Vielleicht hat Österreich diese Leistung vollbringen können, weil Volk und Staatsführung in der großen Auseinandersetzung zwischen Ost und West begriffen haben, daß die politische Komponente des staatspolitischen Handelns unter Umständen wichtiger sein kann, als das rein militärische Denken.

+ + -

### Schwedische Sozialdemokraten vertagen Entscheidung über Atombewaffnung

Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Kötner

Im Mittelpunkt des Interesses stand beim diesjährigen Parteitag der schwedischen Sozialdemokraten, außer der Diskussion über das neue Programm, die Frage, ob sich die Partei für die Entwicklung einer eigenen Atomwaffe der schwedischen Armee aussprechen wird. Die Partei ist so gut wie einmütig der Auffassung, daß zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten und zur Führung einer allianzfreien Außenpolitik eine im Ausland respektierte Armee erforderlich ist. Hinsichtlich der Art und des Ausmaßes der Verteidigungsmaßnahmen gehen die Meinungen auseinander. In der Partei gibt es Kreise, welche die Entwicklung taktischer Atomwaffen als unvermeidlich ansehen. Ein sehr aktiver Teil, insbesondere die Frauenorganisation, lehnt aber jede Form von Atomwaffen ab. Ein besonderer Parteiausschuß hat diese Frage gründlich erörtert. Sein Exposé hat den Beifall des Kongresses gefunden. Eine definitive Stellungnahme zur Frage einer schwedischen Atomwaffe soll vor dem nächsten Parteikongreß 1964 nicht erfolgen. Im übrigen soll die Landesverteidigung auf das jeweils unumgänglich Notwendige beschränkt werden. Alle Rationalisierungs- und Sparmöglichkeiten sollen ausgeschöpft, die Länge und Durchführung der Reservetübungen sollen geprüft werden. Verteidigungsminister Andersson deutete die Möglichkeit an, daß ein Teil der großen Geburtsjahrgänge überhaupt nicht einberufen wird, daß Spezialbereiche eventuell eine längere Ausbildung erfordern werden, daß aber sonst eine Verkürzung der Ausbildungszeit aktuell werden kann.

### Mehr Hilfe für die Entwicklungsländer

Daß sich die schwedische Partei ebenso wie die Bruderparteien der Sozialistischen Internationale sehr stark für die Problematik der Entwicklungsländer interessiert, zeigte eine lebhafte Diskussion. Ulla Lindström, Schwedens Familienminister, referierte über das Problem anhand von zwölf Anträgen und einer Stellungnahme des Parteivorstandes. Alle Redner traten dafür ein, daß die Leistungen Schwedens beträchtlich gesteigert werden müssen - aus internationaler Solidarität, aber auch als politische Notwendigkeit in der Auseinandersetzung zwischen West und Ost und als Voraussetzung für eine harmonische Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung. Die Partei wird alles tun, damit Schwedens Hilfsleistungen möglichst vielseitig werden und schnell das von der Sozialistischen Internationale empfohlene Maß - ein Prozent des Nationaleinkommens - erreichen.

Die großangelegte Diskussion über das neue Parteiprogramm, dessen Bedeutung besonders gewürdigt werden soll, bildete den Abschluß des diesjährigen Parteitages der schwedischen Sozialdemokraten. - Die organisatorische Stärke und die politische Bedeutung der schwedischen Sozialdemokratie ergeben sich aus der Tatsache, daß die Partei jetzt 806 000 Mitglieder zählt. Fast jeder neunte Schwede ist also organisierter Sozialdemokrat.

+ + +

#### Fehlinvestition

sp - "Herzlich willkommen" würde die Regierung der Südafrikanischen Union grosszügige Investitionen deutscher Industriebetriebe in Südafrika heißen. So liess sich der südafrikanische Ministerpräsident Vorwoerd in einem Interview mit dem Düsseldorfer "Industriekurier" vornehmen. Hoffentlich stellt sich die so umworbene Deutsche Industrie trotz zu der Mitte eines Mannes, der in der ganzen Welt als Repräsentant einer verabscheuungswürdigen Politik der Rassentrennung gilt. Zugabe: schwer treffen die Wirtschaft Südafrikas die Folgen der Rassentrennung. Das internationale Kapital zog sich vom südafrikanischen Markt nach dem Massenmord an demonstrierenden Negern zurück. Die Verluste gehen in die Milliarden DM. Südafrika braucht dringend ausländische Gelder und Kapitalien. Aber sollen diese ausgerechnet von der Bundesrepublik kommen? Die deutschen Industriellen, folgten sie dem Appell Vorwoerds, würden sich und der Bundesrepublik den allerschlechtesten Dienst erweisen; es besteht nicht der geringste Anlass, eine Regierung zu unterstützen, die heute in der Weltöffentlichkeit völlig isoliert ist, und die wegen ihrer Innenpolitik mit wachsenden Schwierigkeiten in eigenen Lande zu kämpfen hat.

Fast am gleichen Tag, an dem Vorwoerd deutsches Kapital willkommen hiess, richtete auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf ein südafrikanischer Gewerkschaftsdelegierter heftige Angriffe gegen seine eigene Regierung, der er vorwarf, dass sie die schwarzen Arbeitnehmer, und das ist die überwiegende Mehrzahl der Arbeitnehmer, bewusst in ausserordentlicher Armut halte und Proteste der Gewerkschaften unbeachtet lasse. Das sind schwere Vorwürfe; die südafrikanische Regierung wäre gut beraten, würde sie erst menschenwürdige Verhältnisse im eigenen Lande herbeiführen, ehe sie um Hilfe nach ausländischen Kapital ruft.

Deutsches Kapital in Südafrika? Das würde ausserdem von den jungen aufstrebenden afrikanischen Völkern als Affront aufgefasst werden, und insoweit wäre es auch eine politische Fehlinvestition.

+ - +

Wettbewerb im Antikommunismus?

sp - Der New Yorker Bankier James P. Warburg, bekannt durch seine unorthodoxe Haltung in allen Fragen, die das Ost-West-Verhältnis betreffen, hat beide großen Parteien der USA, die Demokraten und die Republikaner, gebeten, nicht in einen sterilen Antikommunismus zu verfallen oder gar in einen Wettlauf darüber einzutreten, wer der bessere Antikommunist sei. Es bestehe dann die Gefahr, daß jeder konstruktive Vorschlag für eine Regelung explosiver Probleme durch Verhandlungen als "weiche Haltung gegenüber dem Kommunismus abgelehnt werde."

Die Vereinigten Staaten werden im November ihren Präsidenten wählen. Die Versuchung für beide Parteien ist groß, den Antikommunismus und das Verhältnis zur Sowjetunion zum Angelpunkt der wahlpolitischen Auseinandersetzungen zu machen. Der Kandidat, der sich als der besseren und härteren Antikommunisten empfiehlt, hat nach dem Scherbenhaufen von Paris gewiß Aussicht, bei den Wählern gut anzukommen. Die Grenzen von Demagogie und Aufrichtigkeit mögen allerdings hier leicht ineinanderfließen. Wer in einem Wahlkampf die Außenpolitik zum innenpolitischen Schlaginstrument erhebt, mag wohl innenpolitisches Terrain gewinnen, aber außenpolitisch mehr als Porzellan zerschlagen.

Das hatte wohl auch der USA-Senator Mansfield, ein Sprecher der demokratischen Mehrheitspartei im Sinn, als er seine Landsleute davor warnte, hier in einen unglückseligen Wettlauf einzutreten. Er sagte:

"Die Fähigkeit, mit den Sowjets hart zu reden, gilt als etwas, das hilft, in diesem Lande Wahlen zu gewinnen. Es mag eine vernünftige Annahme sein, daß umgekehrt die Fähigkeit, hart mit den Amerikanern zu reden, etwas damit zu tun hat, in Rußland an der Macht zu bleiben. Aber weder Wahlen zu gewinnen, noch an der Macht zu bleiben wird noch viel bedeuten, wenn die Reden und die Pressekonferenzen auf einem Hügel aus Schutt und Asche gehalten werden.

Diese Worte eines amerikanischen Senators sollten sich auch die Wahlmanager der größten deutschen Regierungspartei merken. Die Mahnung Mansfields an seine Landsleute gilt auch für die Wähler der Bundesrepublik. Außenpolitik als innenpolitisches Schlaginstrument - das ist wohl das ungeeignetste Mittel, um aus den Tiefen wieder herauszukommen, in die der Pariser Fehlschlag Völker und Regierungen gestürzt hat.

### Mehr Pausen - mehr Leistung

In der USA und Kanada ist die tägliche Kaffeepause im Büro zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Die meisten Betriebe gewähren ihren Angestellten täglich zwei Kaffeepausen. Nur fünf Prozent sämtlicher Büroangestellten erhalten nicht die Gelegenheit, ihre müden Lebensgeister mit einer Tasse Kaffee wieder aufzufrischen.

Menschen, die von Beruf Chef sind, wollen es selten glauben, aber es ist wissenschaftlich klipp und klar bewiesen: Die meisten Firmen arbeiten unrentabel, weil ihre Angestellten nicht oft genug - Pause machen. Gemeint sind damit nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten, sondern jene kurzen Spannen seköpfungsschneller Verschraufens, die auch der Bienenfleißige braucht, wenn er ein Höchstmaß an Leistung erreichen will.

Arbeitsphysiologen haben übereinstimmend errechnet, daß einem Betrieb die volle Leistungskraft seiner Beschäftigten erst dann gewonnen wird, wenn man sie etwa 15 bis 20 Prozent der täglichen Arbeitszeit regelrecht "faulenz" läßt, normale Ruhezeiten wie die Mittagspause nicht eingerechnet. In jeder Stunde, so schlagen die Wissenschaftler vor, sollten jedem Arbeitnehmer wenigstens fünf Minuten Extrapause gewährt werden, besser noch zehn Minuten.

Zu diesem Schluß kamen die Arbeitsphysiologen auf Grund eingehender Untersuchungen in vielen Betrieben, vor allem auch Büros. Sie stellten fest, daß bei einem intensiven pausenlosen Arbeiten die Leistung der Beschäftigten steil nach unten absank. Dieser Leistungsabfall war nach mehreren Bürostunden meist so stark, daß die Leute mangels Energie vielfach nur noch Arbeit "markieren", statt wirklich zu arbeiten. Sie waren mit ihren Kräften einfach am Ende.

Mit der menschlichen Arbeitskraft verhält es sich nämlich ähnlich wie mit der Energie einer Autobatterie. Wenn man sie pausenlos beansprucht, ist eine Autobatterie schnell verbraucht. Es fehlt ihr die Zeit, sich wieder aufzuladen. Genauso ist es beim Menschen: Bei pausenloser Beanspruchung sinkt seine Leistungsfähigkeit schnell auf den Nullpunkt. Läßt man ihn dagegen öfters und wann Zeit zum Verschraufen, kann er Energie "aufladen" und hinterher entsprechend mehr leisten.

Das Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund hat diese These durch verschiedene Experimente überzeugend untermauert. Professor Dr. G. Lehmann, der Leiter des Instituts, stellte fest, daß kein arbeitender Mensch ohne "notwendiges Faulsein" in der Lage sei, seine Leistung zu steigern. "Pausen sind eine physiologische Notwendigkeit, und wenn sie nicht gegönnt werden, der klappt zusammen oder hilft sich selbst, indem er heimlich gestarrte Pausen einlegt," sagt Professor Lehmann.

Statt die mahnenden Worte der Arbeitsphysiologen im Interesse der Firmenrentabilität zu beherzigen, versuchen jedoch zahlreiche Chefs auch weiterhin den umgekehrten Weg, ein Höchstmaß an Leistung aus ihren Mitarbeitern "herauszuholen". Mißtrauisch wachen sie darüber, daß ihr ihrem Betrieb niemand länger verschrauft als gesetzlich vorgesehen ist, und betrügen sich damit letzten Endes selbst.

## Der Bevölkerungsstand in der Bundesrepublik im Jahre 1959

Von Helene Wessel, MdB

Im Bundesgebiet ohne Berlin betrug Ende 1959 die Bevölkerung 53 Millionen Personen. Davon waren 25 Millionen männlichen und 28 Millionen weiblichen Geschlechts. Es kamen somit 122 Frauen auf 100 Männer. Zum gleichen Zeitpunkt hatte Berlin-West 2,2 Millionen Einwohner.

Im Vergleich zum Stand vor dem Krieg betrug 1939 die Bevölkerung 40,2 Millionen, im Jahre 1950 = 48,2 Millionen. Gegenüber 1939 zu 1959 ist eine Zunahme von 12,8 Millionen oder 32 v.H. der Bevölkerung festzustellen. Bei einer Fläche von rund 248 000 qkm beträgt die Bevölkerungsdichte 214 Einwohner je qkm. Im Jahre 1939 waren es 162 und 1950 = 194. Hinsichtlich ihrer Bevölkerungsdichte unter den europäischen Ländern liegt die Bundesrepublik an dritter Stelle hinter den Niederlanden (351) und Belgien (299).

### Fast zehn Millionen Vertriebene

Die Zahl der Vertriebenen betrug Ende 1959 im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) rund 9,6 Millionen oder 18,4 v.H. Zugewandert sind 3,5 Millionen Menschen oder 6,4 v.H. der Gesamtbevölkerung. Entsprechende Zahlen liegen für das Saarland noch nicht vor. In Berlin-West hatten die Vertriebenen 1959 einen Anteil von schätzungsweise 8,0 v.H. der dortigen Gesamtbevölkerung. Gegenüber 1950 hat die Zahl der Vertriebenen im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) um rund 22 v.H. und die der Zugewanderten um rund 113 v.H. zugenommen. Diese hohe Zunahme ist in der Hauptsache auf den anhaltenden Zustrom aus den sowjetisch besetzten Gebieten Mittelddeutschlands und auf den Zustrom aus den Vertreibungsgebieten zurückzuführen, sowie auf den relativ hohen Geburtenüberschuß dieser Personengruppe.

Der Bevölkerungszuwachs ist seit 1957, wo er 720 000 Personen betrug, ständig zurückgegangen. Er betrug 1959 nur noch 574 000 Personen. Danach war ausschlaggebend für die Bevölkerungszunahme der Geburtenüberschuß von rund 360 000. In den Jahren 1950 bis 1957 schwankte der Geburtenüberschuß zwischen 229 000 und 293 000, er lag erstmals 1958 über 500 000. Auf 1000 Einwohner betrug er 1959 = 5,9 gegenüber 5,2 im Jahre 1958. Während die Geburtenziffer von 17,6 auf Tausend sich nicht unwesentlich gegenüber den vorhergehenden Jahren erhöht hat, ist die Sterbeziffer, die 1959 = 10,6 auf Tausend betrug, verhältnismäßig konstant geblieben. Die Zunahme des Geburtenüberschusses beruht hauptsächlich vor allem auf einer Erhöhung der Geburtenziffer. Die trotz des größeren

Geburtenüberschusses geringere Bevölkerungszunahme hat ihren Grund im Rückgang des Zuwanderungsüberschusses auf rund 211 000. Der Zuwanderungsüberschuß hat sich 1958 um rund 37 v.H. und gegenüber 1957 um rund 50 v.H. verringert. Das ist insbesondere auf das Nachlassen des Zustroms von Sowjetflüchtlingen zurückzuführen. So ergab sich beispielsweise 1957 aus den Zuzügen aus Berlin und der sowjetischen Besatzungszone in die Bundesrepublik ein Zustrom von 373 000 Personen und den Fortzügen aus der Bundesrepublik in diese Gebiete von 61 000 Personen ein Wanderungssaldo von 312 000. Er verminderte sich 1958 auf 176 000 und 1959 auf 136 000 Personen. Außerdem sind die Überschüsse aus den Wanderungen zwischen dem Bundesgebiet und den unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches und dem Ausland, die 1957 = 104 000 und 1958 = 155 000 Personen betragen, 1959 auf 75 000 zurückgegangen.

#### Unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung ist in den Bundesländern in den letzten Jahren sehr unterschiedlich verlaufen. In Schleswig-Holstein mit dem höchsten Bevölkerungszuwachs unmittelbar nach dem Krieg, ging die Einwohnerzahl zurück zunächst von 1950 bis 1956. Sie stieg dann wieder an und erreichte 1959 erneut den Stand von 1954. Das gleiche Bild bietet Niedersachsen, während die rückläufige Tendenz in Bayern bereits ab 1955 umschlug. Der Grund für den zeitweisen Bevölkerungsrückgang in diesen Ländern seit 1950 liegt ausschließlich in der Abwanderung nach anderen Ländern des Bundesgebiets, die auch 1959 noch anhielt. In allen anderen Ländern nahm die Bevölkerung kontinuierlich zu.

In Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern beruhte der Bevölkerungszuwachs im Jahre 1959 hauptsächlich, in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz dagegen ausschließlich auf dem Geburtenüberschuß, während in den übrigen Ländern der Zuwanderungsüberschuß ausschlaggebend war. Gegenüber 1958 ist der Zuwachs 1959 in der Hälfte der Länder zurückgegangen. Den höchsten Zuwachs hatte Bremen mit 2.1 v.H., den niedrigsten Niedersachsen mit 0.4 v.H.

Besondere Beachtung verdient der Rückgang des Wanderungssaldos von Nordrhein-Westfalen. Er betrug 1958 noch 162 000 Personen, dagegen 1959 = 21 000. Dadurch beträgt der Bevölkerungszuwachs in diesem Land 1959 nur 1.3 v.H. gegenüber 1.7 v.H. im Jahre 1958.

Die Zahl der Geburten lag 1959 in allen Ländern, wie in den beiden vorhergehenden Jahren, höher als die Sterbefälle.

Die meisten Vertriebenen haben trotz der Umsiedlung immer noch Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Die Quoten sind hier gegenüber 1950 zwar zurückgegangen, betragen aber Ende 1959 immer noch z.B. in Schleswig-Holstein 28 v.H. der Gesamtbevölkerung.

Durch den anhaltenden Zustrom von Sowjetzonenflüchtlingen haben sich die Quoten der einzelnen Länder hinsichtlich des Kreises der Zugewanderten gegenüber 1950 durchweg erhöht, wobei besonders die starke Zunahme in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, also in Gebieten mit starker wirtschaftlicher Anziehungskraft auffällt.

In Berlin-West ging die Bevölkerung im Jahre 1959 noch weit stärker mit rund 18 000 Personen zurück als im vorhergehenden Jahr, wo der Rückgang 2500 Personen betrug. Dieser Zustand ist auf den Sterbefallüberschub von rund 14 000 Personen und den Wanderungsverlust von rund 4000 Personen durch die Weiterleitung von Sowjetzonenflüchtlingen in die übrigen Bundesländer zurückzuführen. Der Bevölkerungsstand betrug in Berlin Ende 1959 2,2 Millionen; er hat sich gegenüber 1950 um nur rund 53 000 oder 2,5 v.H. erhöht.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Bevölkerungsentwicklung in den Ländern des Bundesgebietes im Jahre 1959

Wohnbevölkerung am Jahresende 1959

L a n d	d a r u n t e r					Bevölkerungs- dichte
	Insgesamt	Vertriebene	Zugewanderte			
	in 1000	1000	v.H.	1000	v.H.	Einwohner je qkm
Schleswig-Holstein	2 289,9	641,5	28,0	150,1	6,6	148
Hamburg	1 823,6	237,0	14,1	162,9	8,9	2440
Niedersachsen	6 538,4	1 671,0	25,6	491,6	7,5	158
Bremen	691,6	109,2	15,8	54,2	7,8	1713
Nordrhein-Westfalen	15 633,6	2 541,9	16,2	1 122,7	7,2	461
Hessen	4 702,8	678,7	14,4	341,9	7,3	223
Rheinland-Pfalz	3 376,8	304,8	9,0	160,3	4,7	170
Baden-Württemberg	7 560,7	1 367,6	18,1	453,4	6,1	211
Bayern	9 371,0	1 783,9	19,0	361,3	3,9	133
Bundesgebiet (ohne Saarland u. Berlin)	52 008,4	9 533,6	18,4	3 308,4	6,4	211
Davon						
männlich	24 478,2	4 527,9	18,5	1 690,4	6,9	
weiblich	27 530,3	5 027,7	18,3	1 618,0	5,9	
Saarland	1 040,1					405
Berlin-W.	2 208,0	177,6	8,0			4 591

Verantwortlich: Günter Markscheffel